

## Vermögensbildung aus kreislauftheoretischer Sicht

Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 95, 11.12.1970, Seite

Eine verstärkte Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern, insbesondere bei den Beziehern unterer und mittlerer Einkommen in Verbindung mit einer Dekonzentration der Vermögen, ist heute als wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel anerkannt. Es wird meistens nur noch darüber diskutiert, welche Maßnahmen welche Auswirkungen auch auf andere Zielsetzungen, so z. B. auf die wirtschaftspolitischen Ziele Preisstabilität, Vollbeschäftigung und Wachstum, haben und ob überhaupt das gesetzte Ziel unter den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen realisierbar ist. Ein Instrument, um die Argumente, die für und wider die Vermögenspolitik vorgebracht werden, zu überprüfen, ist die volkswirtschaftliche Kreislaufanalyse bzw. Kreislauftheorie.

### Unternehmergewinnleichung

Die sogenannte Unternehmergewinnleichung  $Q = I + C_u - S_{nu} (A_{st} - T) + (X - M)$  besagt, daß die Nettoeinkommen der Unternehmer in einer Periode bestimmt sind durch die privaten Nettoinvestitionen (I), durch den Konsum der Unternehmerhaushalte ( $C_u$ ), durch das Sparen der Arbeitnehmer haushalte ( $S_{nu}$ ), durch die Differenz zwischen den Staatsausgaben und den Steueraufkommen ( $A_{st} - T$ ) und durch die Differenz zwischen dem Export und Import ( $X - M$ ). Ist gleichzeitig das Sozialprodukt (Y) gegeben, so kann aus dem Verhältnis des Q zu Y die Verteilung auf Unternehmer und Arbeitnehmer abgelesen werden.

Zum Verständnis der Unternehmergewinnleichung sind einige kreislaufanalytische Zusammenhänge wichtig, die im folgenden abgehandelt werden sollen, wobei die Betrachtung Schritt für Schritt der Wirklichkeit angenähert wird.

- (1) Die gesamte Volkswirtschaft ist ein einziges Unternehmen, das nur Konsumgüter produziert. Alle Erwerbstätigen sind in diesem Unternehmen beschäftigt und sind gleichzeitig Eigentümer dieses Unternehmens. Sie erhalten für ihre Arbeit in Höhe der Produktionskosten Einkommen und geben dieses Einkommen wieder restlos für den Kauf der produzierten Konsumgüter aus. Ausgaben (=Kosten) und Einnahmen (=Erlöse) des Unternehmens sind gleich, ein Gewinn fällt nicht an.
- (2) Das Unternehmen produziert nicht nur Konsum-, sondern auch Investitionsgüter, Einkommen fallen aber in Höhe der Produktionskosten für beide Güterarten an. Die Einkommensempfänger geben ihr gesamtes Einkommen für den Kauf der Konsumgüter aus. Die Nachfrage = Einkommen der Arbeitnehmer ist damit größer als das Konsumgüterangebot, was zur Folge hat, daß die Preise der Konsumgüter steigen, und zwar so lange, bis auch die Kosten der Produktion der Investitionsgüter hereingeholt sind. In Höhe der Produktion der Investitionsgüter ist bei dem Unternehmen ein Gewinn entstanden ( $Q = I$ ), der anteilig den Beschäftigten als Eigentümern zufällt.
- (3) Das Unternehmen gehört nicht mehr allen Beschäftigten, sondern einem Unternehmer. Für seinen Haushalt entnimmt er Konsumgüter, so daß für die Arbeitnehmer, die ihr gesamtes Einkommen für den Kauf von Konsumgütern ausgeben, in Höhe des Unternehmerkonsums weniger Konsumgüter als in (2) übrigbleiben. Die Preise werden also noch mehr als in (2) steigen. Bei den Arbeitnehmern findet also in Höhe der Investitionen plus Unternehmerkonsum ( $C_u$ ) ein „Zwangssparen statt. Der Gewinn der Unternehmung ist um den Unternehmerkonsum höher als in (2):  $Q = I + C_u$ .

- (4) Die Arbeitnehmer geben ihr gesamtes Einkommen nicht mehr nur für den Konsum aus, sondern sparen freiwillig. In Höhe ihres Sparens verringert sich ihre Konsumgüternachfrage und damit auch die Möglichkeit des Unternehmers, die Preise zu erhöhen. Damit verringert sich auch der Gewinn des Unternehmers, da bei gleichbleibenden Kosten der Erlös um das Sparen kleiner ist als in (3):  $Q = I + C_u - S_{nu}$ . Neben das Unternehmen tritt der Staat. Der Staat erhebt Steuern (T) und vermindert dadurch die Konsummöglichkeit der Arbeitnehmer und damit auch die Erlöse des Unternehmens. Andererseits tätigt er Ausgaben und erhöht damit die Erlöse des Unternehmens (über direkte Käufe bei den Unternehmen, indirekt über die Bezahlung seiner Arbeitnehmer). Je nachdem, ob die Ausgaben die Einnahmen überwiegen oder umgekehrt, steigen oder sinken die Erlöse und bei gleichbleibenden Kosten der Gewinn des Unternehmens:  $Q = I + C_u - S_{nu} + (A_{st} - T)$ .
- (5) Bis jetzt ging die Betrachtung von einer „geschlossenen Wirtschaft ohne außenwirtschaftliche Beziehungen aus. Werden nun vom Ausland inländische Güter bei den Unternehmen nachgefragt, so steigen in Höhe der Exporte (X) die Erlöse des Unternehmens und bei gleichbleibenden Kosten der Gewinn (Q). Andererseits vermindert sich die inländische Nachfrage nach Konsumgütern und damit die Erlöse und der Gewinn um den Import (M) von ausländischen Gütern. Somit erhöht oder senkt der Saldo aus Export und Import (X – M) die Erlöse und den Gewinn (Q) des Unternehmens.
- (6) In der Realität gibt es nicht nur ein Unternehmen, sondern viele mit unterschiedlicher Kosten- und Erlössituation, aber für die Unternehmer als Gesamtheit gilt das, was in (1) bis (6) abgeleitet wurde.

Die Kreislaufanalyse wird zur Kreislauftheorie, wenn man bei den Einkommensbeziehern, Konsumenten, Investoren usw. bestimmte Verhaltensweisen unterstellt.

### Umverteilungsmaßnahmen

Wie kann nun die Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer geändert werden? Die Antwort ist im Modell einfach: die Arbeitnehmer müssen im Verhältnis zu ihrem Einkommen mehr sparen, d.h. Ihre Sparquote vergrößern. Als Folge daraus würden sich gemäß der Gleichung bei konstanten Investitionen (I) und Unternehmer Konsum ( $C_u$ ) die Gewinne (Q) verkleinern und dann der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtvermögensbildung  $I = \text{Investitionen} = \text{Zunahme des Realkapitals} (I = (Q - C_{nu}) + S_{nu})$  vergrößern.

Aber auch etwas anderes verdeutlicht die Gleichung, was schon Keynes ironisch folgendermaßen beschreibt: „Die einen (die Unternehmer) können verzehren, soviel sie wollen, es geht auf Kosten der anderen (der Arbeitnehmer); die anderen können sparen, so viel sie wollen, es geht auf Kosten der einen“. Je mehr die Unternehmer in ihrer Gesamtheit investieren und konsumieren, um so höher sind ihre Gewinne. Gemäß dieser Kreislaufzusammenhänge kann es niemanden verwundern, daß gerade in der ersten Nachkriegszeit der Grundstein zu der heute beklagten ungleichmäßigen Vermögensverteilung gelegt wurde: die Investitionen und damit die Realkapitalbildung waren hoch, das Sparen der Arbeitnehmer war wegen des konsumtiven Nachholbedarfs gering. Es gab ein „Zwangssparen der Arbeitnehmer über den Preis, wobei allerdings die Eigentumsrechte den Unternehmern zufielen.

Eine Methode, um dieses „Kreislaufungleichgewicht zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zu kompensieren und so die Konzentration des Vermögens nicht noch größer werden zu lassen, ist die *Sparförderung* (in der Praxis die Sparprämien Gesetze). Hierbei geht man davon aus, daß gewisse Haushalte zwar sparfähig, aber nicht sparwillig sind. Durch Prämien und/oder Steuervergünstigungen soll der Sparwille angeregt werden. Im Sinne der Gleichung ist damit die Sparförderung zielkonform, nämlich in Richtung einer Dekonzentration der Ver-

mögen. Dies aber nur bei oberflächlicher Betrachtung: Über die Wirkung der Sparförderung kann die Definitionsgleichung keine Aussage machen; es ist nämlich a priori nicht sicher, wie sich die anderen makroökonomischen Größen verhalten, wenn plötzlich aus dem laufenden Einkommen zusätzlich gespart wird.

Wie reagieren z.B. die Unternehmer mit ihren Investitionsausgaben, die für Wachstum und Vollbeschäftigung eine wichtige Funktion erfüllen? Ein zusätzliches Sparen aus gegebenen Einkommen bedeutet bei den Unternehmen zurückgehende Erlöse bei gleichen Kosten, d.h. niedrigere Gewinne. Sowohl bei gewinnabhängiger wie bei nachfrageabhängiger Investitionsfunktion werden also die Investitionen zurückgehen. Die Sparförderung hat also, wenn sie erfolgreich ist, eine restriktive Wirkung und ist damit in einer Hochkonjunkturphase mit steigenden Preisen zu begrüßen. Auf keinen Fall erscheint aber die Sparförderung als ein Mittel, um sogar die Investitionen und damit das Wachstum anzuregen. Auch wenn die Zinsen durch das zusätzliche Sparen sinken würden, hätten die Unternehmer keine Veranlassung, mehr zu investieren, da ja gleichzeitig die Erlöse und die Gewinne zurückgehen.

Die zweite Methode, die Spar Quote der Arbeitnehmer zu erhöhen, ist der *Investivlohn*. Der Unterschied zur Sparförderung besteht darin, daß die Konsumlöhne mit der Produktivität der Wirtschaft ansteigen sollen, also keine Erlöseinbußen eintreten. Allerdings werden hier auch die Gewinne der Unternehmer zusammengepreßt, da die Kosten in Höhe des investiv gebundenen Lohnbestandteils höher sind als die an der Produktivität gekoppelten Konsumlöhne. Die Investivlohnregelung braucht bei nachfrageinduzierten Investitionen keine negativen Wirkungen auf Wachstum und Vollbeschäftigung auszuüben, eine Gefahr besteht nur dann, wenn bei einem gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigungsgleichgewicht die „Grenzunternehmen, die bis dahin keine Gewinne gemacht haben, aus dem Markt geworfen werden, weil sie durch die Kostenerhöhung bei gleichbleibenden Erlösen in die „roten Zahlen kommen.

Eine dritte Methode der Vermögensverteilungspolitik ist die *überbetriebliche Ertragsbeteiligung*. Während Sparförderung und Investitionslohnregelung zur Folge haben, daß entweder bei konstanten Kosten die Erlöse sinken (Sparförderung) oder die Kosten bei konstanten Erlösen (Investivlohn) steigen, berührt die überbetriebliche Ertragsbeteiligung weder die Kosten noch die Erlöse der Unternehmen und ist damit „Kreislaufneutral. Die Gewinne bilden sich in gleicher Höhe wie vorher. Es ändert sich „nur“ die Verteilung der Gewinne: Vor Einführung der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung verteilen sich die Ansprüche aus den Gewinnen im Modell nur auf die Unternehmer, nachher auf Unternehmer und Arbeitnehmer.

Bleibt man aber in diesem Modell, dann kann angenommen werden, daß die Investitionen zurückgehen, da die Rendite aus den zukünftigen Investitionen eine sinkende Tendenz für die Unternehmer, die gleichzeitig Kapitalgeber sind, hat. Geht man von diesem wirklichkeitsfernen Unternehmer-Arbeitnehmer-Modell ab, so sind gerade in den großen Kapitalgesellschaften, die von der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung getroffen werden sollen, die Funktionen des Unternehmers und Kapitalgebers getrennt. Es ist dann eher zu vermuten, daß die Arbeitnehmer — das Management — sich in ihren Investitionsentscheidungen nicht davon beeinflussen lassen, wie und auf welche Personen der Gewinn verteilt wird.

## **Schlußfolgerungen**

Die Kreislaufanalyse zeigt, daß das zusätzliche Sparen notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung dafür ist, daß sich erstens überhaupt zusätzliches Vermögen bei den Arbeitnehmern bildet und zweitens sich aber gleichzeitig auch die Vermögensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer ändert. Hinreichend ist zusätzliches Sparen deswegen nicht, weil die anderen

makroökonomischen Größen des Systems, die in der Gleichung vorhanden sind ( $I$ ,  $C_u$ ,  $A_{st}$ ,  $T$ ,  $X$ ,  $M$ ), durch das Sparen allein nicht in eine zielkonforme Richtung gesteuert werden. Jeder Leistungsbilanzüberschuß, jede zusätzliche Verschuldung des Staates, auch jede Investition, die nicht kompensiert wird durch ein gleich hohes zusätzliches Sparen der Arbeitnehmerhaushalte, verschlechtert die Vermögensverteilung im Sinne des angestrebten Zieles. Schon unter diesen Kreislauf analytischen Aspekten werden die Schwierigkeiten der Vermögenspolitik sichtbar und lassen nur mittel- oder langfristig auf Erfolge hoffen.